



Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig

BÜRGERBÜRO DR. PANTAZIS MdL

Volksfreundhaus
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig

Fon: +49 531 – 480 98 27

Fax: +49 531 – 480 98 26

info@christos-pantazis.de

www.christos-pantazis.de

24. Juli 2015

Dr. Christos Pantazis MdL:

Zu TOP 30

15.07.2015

Sprachkurse für Flüchtlinge und Geduldete öffnen

Sehr geehrter Herr Präsident,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wie bereits in der letztmaligen Plenardebatte eingangs erwähnt, hat sich die rot-grüne Koalition darauf verständigt, sich – im Sinne einer gelebten Willkommens-kultur – für ein weltoffenes Niedersachsen einzusetzen und dabei Vielfalt und Teilhabe zu stärken.

Unverzichtbarer Bestandteil dieser Politik stellt selbstverständlich das Erlernen der deutschen Sprache dar; denn ohne diese ist die Partizipation praktisch erschwert oder gar nicht möglich. Im Sinne einer solchen teilhabeorientierten Migrationspolitik fordern wir in unserem hier nun zur abschließenden Beratung vorliegenden Entschließungsantrag die Landesregierung in einem zwölf Punkte umfassenden Forderungskatalog auf, sich für die sprachliche Teilhabe von Flüchtlingen und Geduldeten einzusetzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich in diesem Zusammenhang folgendes unmissverständlich klarstellen: In Anbetracht der aktuell bestehenden großen Herausforderung bei der Flüchtlingsaufnahme kann eine Politik des Willkommens allerdings nur gelingen, wenn wir diese auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen. Und das schließt neben den Kommunen und dem Land ausdrücklich auch den Bund als den originären Gesetzgeber mit ein!

Daher umfasst unser hier vorliegender Entschließungsantrag in seinem Forderungskatalog auch sämtliche staatliche Ebenen!

Bundespolitisch bestünde zweifelsohne die wichtigste und auch effektivste Maßnahme in einer

PLENARREDE

www.facebook.com/ch.pantazis www.twitter.com/ch_pantazis

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe
Mitglied des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur
Stellv. Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
Mitglied der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

Öffnung der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angebotenen Integrationskurse, zu denen auch Sprachkurse gehören. Denn von Bundesseite aus haben Flüchtlinge und Geduldete im Gegensatz z. B. zu Vertriebenen derzeit keinen rechtlichen Anspruch auf Integrations- und Sprachkurse. Da die Asylantragsberatung aktuell auch längere Zeit in Anspruch nimmt, hat dieser Umstand zur Folge, dass sie ohne die nötigen finanziellen Möglichkeiten von der Teilhabe ausgeschlossen sind!

Ferner ist es schlichtweg nicht nachvollziehbar, dass Migrantinnen und Migranten bestraft werden können, wenn sie an einem Integrationskurs nicht teilnehmen, während Asylsuchende und Geduldete ausgeschlossen bleiben.

Wir sind daher der festen Überzeugung: Alle müssen teilhaben können!

Landespolitisch fordern wir beispielsweise auf dem Gebiet der Erwachsenen-bildung eine Bestandsanalyse, in der geprüft werden soll, ob Nachsteuerungsbedarf bei den Förderschwerpunkten besteht – diese wird ja bereits durch das Wissenschaftsministerium durchgeführt – als auch die Öffnung der Universitäten für Flüchtlinge zu forcieren – und auch hier ist das Ministerium in Zusammenarbeit mit der Uni Hildesheim dabei, ein solches Programm zu initiieren.

Frau Ministerin Heinen-Kljajic, herzlichen Dank Ihnen und Ihrem Haus für die bereits angeschobenen Initiativen hierzu.

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass die im Rahmen der parlamentarischen Beratung des CDU-Antrages (Sprachkurse als Aufgabe der Erwachsenenbildung) ergangenen Forderungen durch die Parlamentskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe, gänzlich in unserem Antrag aufgenommen worden sind.

Trotz Aufforderung und anfänglicher Bereitschaft hat die CDU ihren Antrag im Hinblick auf die Öffnung der Integrationskurse für Asylsuchende nicht ändern wollen.

Angesichts der letzten Plenardebatte, in der Sie - Herr Hillmer – uns in dieser zentralen Frage eine Antwort schuldig geblieben sind, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sie Migrationspolitik weiterhin rein ordnungspolitisch und nicht teilhabeorientiert betrachten. Die Parlamentskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe hat in ihrer Sitzung vom 23. Juni unseren Antrag daher auch einstimmig – bei einer Enthaltung, Herr Focke – zur Annahme empfohlen. Dieser Auffassung ist beispielsweise der mitberatende Sozialausschuss mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen als auch der FDP gefolgt.

Das mag für sie, Frau von Below-Neufeldt, jetzt etwas überraschend kommen, aber offensichtlich gibt es auch in ihren Reihen Kolleginnen, die einer teilhabe-orientierten Migrationspolitik sehr wohl etwas abgewinnen können und nicht nur in Nibelungentreue zur CDU und ihrem Antrag stehen. Was ihren Antrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU betrifft, blendet dieser die gesamtstaatliche Herausforderung gänzlich aus und sieht lediglich das Land im Rahmen der Erwachsenenbildung in der Pflicht ein Landesprogramm aufzulegen. Nicht nur, dass das der falsche

Weg ist – wir wollen den Bund in dieser elementaren Frage nicht aus seiner Verantwortung entlassen – ein länder-finanziertes Parallelsystem zum etablierten System der Integrationskurse ist auch schlichtweg kontraproduktiv!

In diesem Zusammenhang möchte ich die Gegenfinanzierungsvorschläge der CDU während der Haushaltsberatungen im Winter 2014 nicht unerwähnt lassen.

Diese sahen – bei einem Mittelbedarf von 800.000 Euro - die Streichung der migrationspolitischen Beratungsstrukturen im Einzelplan 05 und 02 vor (Beispielsweise: Streichung der Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe, Rasieren der Netzwerks für traumatisierte Flüchtlinge sowie Streichung der institutionellen Förderung der Migrantenorganisationen); die FDP ging sogar soweit, den studentischen Wohnungsbau als Gegenfinanzierungsmaßnahme heranzuziehen.

Seien sie mir nicht böse, aber ich habe grundsätzlich etwas gegen finanzpolitische Taschenspielertricks.

Und wo wir gerade bei den Finanzen sind, möchte ich noch abschließend zum allgemeinen Vorwurf der Opposition: „Sie wenden sich immerzu an den Bund!“ gern Stellung nehmen.

Das Land kommt seiner Verantwortung – im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten – sehr wohl nach!

Erst gestern haben wir gegen ihre Stimmen einen Nachtragshaushalt beschlossen, in dem wir die landesrechtliche Grundlage für die Auszahlung von insgesamt 120 Millionen Euro Bundes- und Landesmitteln geschaffen haben, um die Kommunen in den Stand zu versetzen, Integrationsleistungen für Asylsuchende zu erbringen.

In einem Kraftakt, der aber grundsollide finanziert ist, unterstützen wird dabei – von der Erstaufnahme bis zur gesellschaftlichen Teilhabe – die Kommunen mit einem Sofortprogramm und erhöhen die Pro-Kopf-Pauschale von 6.200 auf über 9.000 Euro, was die kommunale Forderung nahezu vollständig abgedeckt.

Durch diese starke finanzielle Unterstützung der Kommunen – der Landesanteil beträgt hierbei circa 80 Prozent – können diese hiervon auch Sprachkurse zur Verfügung stellen.

Ferner sind im Rahmen des Nachtragshaushaltes auch Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro für eine bedarfsgerechte Sprachförderung bereitgestellt worden! Mit diesen 1,5 Millionen Euro und den 500.000 Euro aus der politischen Liste zum Haushalt 2015 stocken wir die Sprachförderung somit auf 2 Millionen Euro auf. Das ist ein wichtiger Schritt, den es gilt noch weiter auszubauen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

vor dem Hintergrund der von mir gemachten Ausführungen wird es sie daher nicht verwundern, dass wir dem CDU-Antrag nicht werden folgen können. Ich appelliere daher an sie beide, CDU- und FDP-Fraktion, im Sinne einer teilhabeorientierten Migrationspolitik unserem Antrag zur Öffnung von Sprachkursen für Flüchtlinge und Geduldete zuzustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!